Montag
16. Oktober 1989
44. Jahrgang
Nr. 243
L
Preis: 15 Pf

SÄCHSISCHES
TAGEBLATT
ORGAN DER LIBERAL-DEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS

Seite 1:

ORGAN DER LIBERAL-DEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS

Jetzt müssen Angebote kommen

Leipziger Schriftsteller in Espenhain

sst-Eigenber./LEIPZIG Im Rahmen der Tage der Künste besuchten vergangenen Freitag Leipziger Schriftsteller den VEB Braunkohleveredlung Espenhain. Seit 50 Jahren wird in Espenhain Braunkohle zu Grundstoffen für die chemische Industrie veredelt. Momentan erwirtschaftet der Betrieb mit seinen rund 6000 Beschäftigten täglich einen Gewinn von 175 000 Mark. Die Schriftsteller besichtigten Anlagen der Brikettfabrik und des Kraftwerks, das in guten Zeiten 80 Prozent seiner Leistung ans Netz lieferte, jetzt nur die halbe Leistung erbringen kann.

Probleme des Umweltschutzes spielten in einem einführenden Gespräch die dominierende Rolle. Trotz Verbesserungen beispielsweise bei der biologischen Abwasserreinigung ist Espenhain der größte Umweltverschmutzer im Bezirk. In diesem Zusammenhang stellte die Schriftstellerin Regine Möbius die Frage, wie die Kirchensammlung „Eine Mark für Espenhain" von der Betriebsleitung aufgenommen worden wäre. Der stellvertretende Parteisekretär Michael Fest teilte mit, das 24 000 Mark eingegangen wären, die man aber dankend zurückgeben werde. Notwendige Investitionen in diesem Bereich, beispielsweise zur umweltverträglichen Schwefelgewinnung, lägen in einer Größenordnung von über 200 Millionen Mark.

Bei einem anschließenden Gespräch der Schriftsteller mit Werktätigen, die sich engagiert an der Diskussion zur Kunstpreisverleihung des FDGB beteiligt haben, standen die aktuellen politischen Probleme zur Diskussion. Harry Kampling, SED-Parteisekretär des Leipziger Schriftstellerverbandes, forderte Offenheit, die eine Grundlage des anstehenden gesellschaftlichen Dialogs sein müsse, und wandte sich u. a. gegen die „Subkultur der Privilegien" im Lande. (Der Schriftstellerverband wird sich am Mittwoch mit der eingetretenen Situation beschäftigen.) Weitergehende Überlegungen brachte der Schriftsteller Achim Metzkes ein. Er begrüßte, wie alle, die Erklärung des Politbüros, mahnte aber an, daß er nicht ein Mal darin das Wort „Fehler" gelesen habe, und Fehler seien doch gemacht worden. Eine Frau aus der Runde der Werktätigen nannte es unverständlich, daß die Erklärung von einem Nachrichtensprecher in der „Aktuellen Kamera" und nicht von einem Politbüromitglied verlesen worden war. Achim Metzkes erklärte: „Es müssen jetzt Angebote kommen, wie die Entwicklung weitergeht." Der Dialog sollte geführt werden nach dem Motto: so und so stelle ich mir die DDR Anfang 1990 vor. Dr. Christine Börner vom FDGB-Bezirksvorstand sah hoffnungsvolle Zeichen, wenngleich sich ihrer Meinung nach „die



Situation, die herangereift ist, noch zu wenig artikuliert". Ein Beispiel, wie der Dialog nicht geführt werden kann, aber offensichtlich geführt wurde, kam unter der Hand ins Spiel, als von seiten der Werktätigen geäußert wurde, neulich sei der Parteisekretär vor der Wandzeitung stehengeblieben und habe sich etwas notiert. „Da fragten wir uns, was haben wir jetzt wieder falsch gemacht?" Michael Fest als Angesprochener erwiderte, er habe im Gegenteil den Artikel so gut gefunden, daß er meinte, er müsse sich in der nächsten Betriebszeitung wiederfinden.

Der Schriftsteller Manfred Künne gab zu bedenken: „Wir müssen uns hüten, daß die Diskussion nicht die Überhand über die Produktion gewinnt." Joachim Zuck, Vorsitzender der Zentralen Betriebsgewerkschaftsleitung in Espenhain, sprach von der Notwendigkeit, das Leistungsprinzip voll durchzusetzen — nicht nur im produzierenden Bereich, sondern auch in den leitenden Bereichen, wo nach dem gleichen Grundsatz verfahren werden müsse: Wer nichts leistet, soll es auch spüren.

Die freimütige Diskussion machte deutlich, daß die Volksaussprache in Gang gekommen ist. „Wir zitieren in diesen Tagen gern Autoritäten aus der Zeitung", erklärte Regine Möbius, „es kommt aber darauf an, daß wir uns einbringen, daß wir Zivilcourage zeigen, das ist wichtig."

über 200 Millionen Mark.

gleich sich ihrer Meinung nach „die hüt

Verändern, was nötig ist

Minister Dr. Mitzinger bei Kohlekumpel

GÖRLITZ (ST/ADN) Bei Kumpeln im Tagebau Berzdorf des VEB Braunkohlenwerk Oberlausitz informierte sich am Sonnabend der Minister für Kohle und Energie, Dr. Wolfgang Mitzinger, über den Stand der Wintervorbereitung. Trotz schwieriger geologischer, hydrologischer und bodenmechanischer Bedingungen liegen sie gut im Plan bei Rohbraunkohle, Abraum und in der Wintervorbereitung. Der Tagebau, einer von 38 in der DDR, beliefert vorrangig das Kraftwerk „Völkerfreundschaft" Hagenwerder, das acht Prozent der DDR-Elektroenergie erzeugt.

Schichttagebauleiter Rainer Artl sprach aktuelle Fragen an, die zur Zeit in den Kollektiven diskutiert werden. „Die Ereignisse in den vergangenen Tagen haben uns sehr bewegt. Aber am meisten hat uns verärgert, daß wir nicht rechtzeitig von unseren eigenen Medien informiert wurden", sagte er. Gerade hier im Dreiländereck seien die neuen Bestimmungen zum Reiseverkehr mit der CSSR umstritten. Für schlechte Stimmung unter den Bergarbeitern und ihren Familien sorge auch, daß nach Bier angestanden werden muß. „Bier ist wichtig, bei so viel schwarzem Staub und Dreck."

Zu einem Disput mit dem Minister kam es, als der Arbeiter meinte: „Wir verhalten uns viel zu loyal gegenüber denjenigen, die die DDR verlassen." Der Minister gab zu bedenken, daß nicht alle, die gehen, Feinde des Sozialismus seien, sondern daß so mancher auch auf von außen geschürte Hysterie hereingefallen sei und womöglich seinen Schritt bereue.

Dr. Mitzinger unterstrich, daß jeder Vorschlag der Werktätigen wichtig ist. Zielstrebig müsse verändert werden, was nötig ist, aber auch klar gesagt werden, was noch nicht in Angriff genommen werden kann. Er fand die Zustimmung der Bergleute, als er sagte, daß nur das verteilt werden kann, was produziert wurde.

monstrationen gegen die vom Ras- des Ausnahmezustandes.

Wortmeldung der Mimen

Bewegende Matinee im Leipziger Schauspielhaus

V.S.-Eigenmeld. LEIPZIG Der Eintritt war frei, aber der Gewinn erheblich. Für die Theaterleute wie die Zuschauer. Das Leipziger Schauspielensemble hatte gestern vormittag ins Schauspielhaus (das mehr als nur bis auf den letzten Platz besetzt war) eingeladen, um eigene Auffassungen und Befindlichkeiten zu Fragen der Zeit mit künstlerischen Mitteln zu artikulieren. Und so lösten sich dann jeweils Mitglieder aus dem auf der Bühne versammelten Ensemble, um ihren selbstbestimmten Beitrag im Sinne einer Wortmeldung für Erneuerung und gegen Verkrustung, für Offenheit und gegen Reglementierung vorzutragen. Faszinierend zu erleben, wie da Texte von Volker Braun, Gerhard Schöne, Brecht, Schatrow, Strittmatter u. a. durch die engagierte Gestaltung wie für den Tag und die Stunde geschrieben erschienen. Viel Beifall auch für persönliche, also eigene Gedanken, etwa von Christa Gottschalk, die die politisch Verantwortlichen mahnte, Fehler ersteinmal bei sich selbst zu suchen, oder von Jochen Noch, der sich selbst und uns alle aufforderte, sich auch morgen noch zu der heute bekundeten Haltung zu bekennen.

Die Matinee schloß mit der Verlesung einer Resolution des Schauspielensembles, in der Rechte und Pflichten genannt wurden, die im Sinne der Maxime: Wir lassen uns das Land nicht kaputt machen! erfüllt werden müssen. Gefordert wurde u. a. das Recht auf Dialog, selbständiges Denken, Pluralismus, Reisefreiheit, Einmischung und auch das Recht, staatliche Leitungen zu überprüfen. Gleichzeitig nahm sich das Ensemble in die Pflicht zu verlangen, daß Lüge und Schönfärberei aus unseren Medien verschwinden, daß der Dialog weitergeht, und zwar gewaltlos, daß das Wort Sozialismus so definiert wird, daß es wieder ein annehmbares Lebensideal wird.

er — vereinzelt regen — tageshöchsttemperaturen 17 grad — tiefste temperatu

Sächsisches Tageblatt
Organ der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD)
vom 16. Oktober 1989, Montag

Seite 2:

Bezirk in die Breite geführt werden

Konfrontation ist kein Weg!

Gespräch mit Basisgruppen Leipzigs

Mit Vertretern von kirchlichen Basisgruppen in Leipzig führten am Freitag im Neuen Rathaus der Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes für Inneres Dr. Hartmut Reitmann und weitere Kommunalpolitiker ein Gespräch. Damit wurde ein Versprechen vom zurückliegenden Montag an Landesbischof Dr. Johannes Hempel eingelöst, sich alsbald mit diesen zumeist jungen Leuten zusammenzufinden, um Positionen zum gesellschaftlichen Fortgang anzuhören, notwendig und mögliche gemeinsame Arbeitsfelder zu überprüfen sowie dann über eigene oder integrative Projekte nachzudenken. Obgleich nicht immer einig in Sicht auf und Benennung von Dringlichkeiten, galt als Konsens, den Sozialismus in der DDR zum Wohle ihrer Bürger auszugestalten. Die Runde, gewertet als ein neuer Schritt zur Dialogfähigkeit, diskutierte, wie und unter welche Bedingungen die montäglichen Demonstrationen künftig in andere, wirkungsvollere und somit wahrhaftig demokratische Formen überführt werden könne, um mit Besonnenheit Ruhe und Ordnung in der Stadt zu erhalten. Die Vertreter kirchlicher Basisgruppen teilten die Sorge um diese Geschehnisse, versicherten Unterstützung auf diesem Weg nach ihren Möglichkeiten und ihrer Auffassung und mahnten, die Ursachen dafür ehrlich zu analysieren und Widersprechende mit ihren Meinungen, Hinweisen und Wünschen sorgsam anzuhören. Superintendent Friedrich Magirius griff erneut seine Idee von einer zu schaffenden Stätte des breiten Dialogs auf.

Der Abend endete mit der Zusage von Dr. Reitmann, dieses Forum möglichst problemspezifisch weiterzuführen.

Sächsisches Tageblatt
Organ der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD)
vom 16. Oktober 1989, Montag

Seite 2:

SÄCHSISCHES TAGEBLATT

Regieren mit Leben erfüllen

Meinungsäußerung zu aktuellen Problemen

Vom Forschungsinstitut für Medizinische Diagnostik Dresden ist bei uns folgende Stellungnahme zur Veröffentlichung eingegangen:

Wir suchen nicht die pauschale Freiheit, die die Ausreisenden zu erlangen glauben, sondern wir streben an, Zwänge und Mißstände zu beseitigen, die die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung unserer Gesellschaft hemmen.

So muß nach Wegen gesucht werden, wie die Initiative des einzelnen bei der Verbesserung wirtschaftlicher Strukturen wirksam wird. Jeder von uns könnte aus dem alltäglichen Leben mehrere Beispiele anführen, mit denen der Mangel an Dienstleistungen, der Bereitstellung von Waren oder der Bereitstellung von wirtschaftlichen Potenzen zur Verwirklichung von Arbeitsaufgaben illustriert wird. Ebenso erscheint uns notwendig, daß die anstehenden Probleme öffentlich und in sachlicher Atmosphäre diskutiert werden und nicht durch Einschränkungen seitens der Presse, wie sie Hermann Kant deutlich kritisierte, und durch die Medien verharmlost und die Ursachen für die entstandene Unsicherheit jenseits der Grenzen unseres Landes gesucht werden.

Das bedeutet, daß der einzelne die Möglichkeit erhält, am wirtschaftlichen, am kulturellen und am politischen Aufbau der Gesellschaft individuell teilnehmen zu können. Der Grundsatz „Arbeite mit, plane mit, regiere mit“ scheint uns notwendiger denn je, aber die Wege zur Verwirklichung dieses Grundsatzes scheinen verschüttet. Wir fühlen uns von den Verantwortlichen in örtlichen und übergreifenden Verwaltungen nicht mehr so vertreten, daß wir auf die selbstverständliche Lösung der anstehenden Probleme vertrauen können. Wir suchen den Dialog, in dem das Vertrauen wieder hergestellt werden kann und Lösungswege erarbeitet werden. Wir benötigen nicht die gewaltsame Opposition, sondern die um die Lösung ringende Kommunikation mit den Verantwortlichen und die daraus resultierende Initiative.

Wir spüren die durch die ungelösten Probleme beängstigend schnell wachsende Spannung, und wir wollen auf die Dringlichkeit hinweisen, mit dem Dialog über mögliche Lösungswege zu beginnen.

Dr. W. Jeske
BGL-Vorsitzender

Sächsisches Tageblatt
Organ der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD)
vom 16. Oktober 1989, Montag

Seite 2:

Erklärung des Demokratischen Blocks des Bezirkes Leipzig

In seiner jüngsten Beratung (wir berichteten bereits in einem Teil unserer Auflage darüber) hat der Demokratische Block des Bezirkes Leipzig einmütig die folgende Erklärung angenommen:

Getragen von gemeinsamer Sorge und Verantwortung für die weitere erfolgreiche Entwicklung unserer sozialistischen Heimat haben wir uns am Freitag in Leipzig versammelt. Offen und ehrlich tauschten wir Meinungen zur Erklärung des Politbüros des Zentralkomitees der SED, zur gegenwärtigen politischen Lage im Bezirk und in der Stadt Leipzig und zu Fragen aus, die die Bürger heute bewegen. Das betrifft die Leistungsentwicklung in allen gesellschaftlichen Bereichen, die Funktion und Arbeitsweise der örtlichen Volksvertretungen, die Versorgung, die Umwelt und vieles mehr.

Alle Parteien und Massenorganisationen legten Vorstellungen dar, wie der in Gang gesetzte Dialog im Bezirk in die Breite geführt werden muß. Dafür haben wir alle erforderlichen Formen und Foren der sozialistischen Demokratie. Sie konkret und im engen Vertrauen mit den Bürgern überall zu nutzen, dafür sprachen wir uns aus.

Nutzen Sie die Angebote für das Gespräch in den Arbeitskollektiven, in den Hörsälen und Jugendklubs in Kirchen und in den Wohngebieten. Ein untauglicher Platz für jedes Gespräch ist die Straße, ist die öffentliche Demonstration. Sie löst keine Fragen. Einigkeit herrschte darin, gerade jetzt die Bürgerrechte ernst zu nehmen und Bürgerpflichten einzuhalten.

Die Parteien und Massenorganisationen unseres Bezirkes stellen sich im vertrauensvollen Miteinander ohne Vorbehalt dem Dialog mit den Bürgern. Deshalb appellieren wir eindringlich an alle Bürger der Stadt Leipzig und des Bezirkes, an die Arbeiter und Wissenschaftler, an die Frauen und besonders unsere Jugend: Dialog ist unsere Politik! Konfrontation ist kein Weg!

CTK:

Grobe Einmischung durch BRD-Kanzler

Als grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten der CSSR hat die Nachrichtenagentur CTK den Auftritt von Bundeskanzler Helmut Kohl bei der Eröffnung der Buchmesse in Frankfurt/Main charakterisiert. Wie es in einer am Freitag veröffentlichten CTK-Erklärung heißt, erinnerten eine Reihe seiner Äußerungen an die Zeit des kalten Krieges. Man sei in der CSSR verwundert darüber, woher Kanzler Kohl das Recht und den Mut nimmt, zu erkären, er wolle „allen Völkern im Osten des Kontinents auf ihrem schweren Weg in die Freiheit die helfende Hand reichen".

„Zycie Warszawy":

DDR und Polen eng verbunden

Die DDR und Polen seien durch

Sächsisches Tageblatt
Organ der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD)
vom 16. Oktober 1989, Montag

Seite 2:

Debatte um die Medien

Praktizierter Dialog bei den academixern

Auf Initiative der Leipziger academixer und insbesondere wohl von Bernd-Lutz Lange trafen sich am Sonnabendvormittag in der Spielstätte des Kabaretts mehrere hundert Leipziger zu einer Aussprache über die Mediensituation und -politik in unserem Lande. Es waren drei Stunden praktizierten Dialogs, aber auch drei Stunden erhitzter Debatte, was verständlich ist, wenn über so viele Jahre ein alle angehendes Thema nicht öffentlich, sondern bestenfalls in kleinen Zirkeln diskutiert wurde. Erschienen waren der gewissermaßen zuständige Sekretär der SED-Bezirksleitung Jochen Pommert, Vertreter der Medien, der Sektion Journalistik der KMU, der Kirche, des Neuen Forums, Kulturschaffende — wenn man so will: allesamt Interessierte und Betroffene.

Kritik war angesagt, und das muß auch nicht verwundern. Ebenso wenig, daß die Meinungen weit auseinander gingen. Freilich nicht in dem Punkt, daß sich etwas verändern, das heißt verbessern muß. Die irritierende Pointe des Gesprächs lag nur darin, daß Jochen Pommert, der selbst mehrfach zur Konkretheit und Sachlichkeit aufgerufen hatte, seinerseits nicht in der Lage war, auf die zahlreichen, ganz konkreten Fragen ebenso konkret zu antworten. Das betraf immerhin die nichts weniger als zentrale Frage, wie der immer wieder verbal geforderte Dialog denn nun tatsächlich ö f f e n t l i c h und damit für die Masse der Mediennutzer n a c h v o l l z i e h b a r geführt werden wird. Und unter dem Beifall der meisten Anwesenden mußte sich der SED-Repräsentant sagen lassen, daß offenbar nicht eigenes Reformdenken das Angebot zu Dialog und die Aufforderung zu Besonnenheit verursacht habe, denn das zu dokumentieren wäre ja nun jahrzehntelang Zeit gewesen, sondern die Demonstration der 70 000 am vergangenen Montag in Leipzig. Es wurde auch nachdrücklich darauf verwiesen, daß jetzt die Zeit vorbei sei, eine „Volksaussprache" alten Stils, nämlich als Kampagne, zu führen, da ja konkrete Forderungen wie auch die nach einer neuen Medienpolitik auf dem Dialogtisch lägen. Verlorengegangenes Vertrauen müsse zurückgewonnen werden. Es gehe um eine umfassendere, unterschiedliche Meinungen nicht aussparende, um eine lebensechtere, wahrhaftige Berichterstattung und Information. Dabei wurde auch diskutiert, wie es denn zu gewährleisten sei, daß die vielzitierten Andersdenkenden auch zu Wort kommen, und damit die Frage, ob die gegenwärtige Medienlandschaft noch ausreiche, um Meinungspluralismus widerzuspiegeln oder ob nicht auch neue Medienorgane zugelassen werden sollten.

Die Debatte im academixer-Keller ging aber auch einen Schritt weiter und beleuchtete die politische Situation im Lande und damit auch die Parteistrukturen, die eine Mediensituation ergeben hat, wie sie heute ist. Gefragt sei da nicht mehr Kosmetik, sondern Chirurgie, sagte B.-L. Lange, andere sprachen sich — im Sinne von Voraussetzung für Veränderungen — für mehr innerparteiliche Demokratie, für das Aufbrechen von Verkrustungen, für die Rückbesinnung auf eine marxistische Denk- und Streitkultur aus. Die Universitäts-Journalistik verwies auf eigene Überlegungen — die man leider vergessen hatte, bislang zu veröffentlichen? oder durfte man nicht? — dazu, wie die sog. Massenmedien erst wieder zu echten Massenkommunikationsmitteln umgewandelt werden könnten. Und es wurden auch Vorschläge gemacht, z. B. den, die Diskussion um die Bewältigung des Stalinismus und über gesellschaftsstrategische Entwicklungsfragen auf breiter Ebene in den Tageszeitungen zu eröffnen. An die LVZ wurde der Vorwurf gerichtet, durch eine Kriminalisierung von Demonstranten die Massendemonstrationen mit heraufbeschworen zu haben. academixer-Chef Jürgen Hart äußerte mit dem Blick auf die große Chance des Dialogs seine Enttäuschung darüber, daß die Zeit bisher ungenügend genutzt wurde, Leute mit Zivilcourage von schamlosen Opportunisten zu scheiden. Und so stand über allem immer wieder die Sorge, daß das junge Pflänzchen Dialog nicht schon wieder von den eingetretenen Stiefeln „bewährter" Kampagnen zertreten werde. Vonnöten seien vielmehr deutliche Zeichen, die in die andere Richtung wiesen.

V. Schulte